

Lange Planung, tolles Ergebnis

Auf dem Anna-Blum-Spielplatz tut sich was: Jetzt ist Halbzeit

Von Anica Edinger

Hier werden die Kinder gefordert: Denn auf dem neuen Anna-Blum-Spielplatz auf dem Theaterplatz ist ihre Kreativität gefragt. „Wir wollten ihnen nicht so viel vorgeben“, erklärt Uwe Schmidt vom städtischen Landschafts- und Forstamt. Deshalb gibt es unter anderem einen Bühnenboden. Und dort müssen sich die Kleinen selbst überlegen, was sie nun damit anfangen sollen. Ebenso beim Puppentheater, das gerade gegenüber entsteht. Alles passend zum Thema Theater. Im März, schätzt Schmidt, wird der neue Spielplatz komplett fertig sein. Momentan sei Halbzeit. Doch das Ergebnis kann sich schon jetzt sehen lassen. Hell und freundlich sind die neuen Spielgeräte aus Robinienholz, die alle von der Werkstatt eG selbst und individuell angefertigt werden. „Wir haben hier nichts von der Stange“, meint Schmidt sichtlich stolz.

Im Zuge des Theaterneubaus wurde der Spielplatz auf dem Theaterplatz im Jahr 2009 abgebaut. Die Spielgeräte mussten damals den Baucontainern weichen. Auf dem Krähenplatz entstand damals ein „Interimmspielplatz“. Der wird, sobald der neue Spielplatz freigegeben ist, wieder zurückgebaut. „Die Spielgeräte kommen dann in den Pfaffengrund“, berichtet Schmidt.

Erst im Dezember 2014 wurde mit den Bauarbeiten für den Anna-Blum-Spielplatz begonnen – das Theater wurde allerdings bereits im September 2012 wieder eröffnet. „Die Vorbereitungsphase hat lange gedauert“, gibt Schmidt zu. Aber: Man wollte eben keinen Schnellschuss haben. Alles sollte perfekt ausgeklügelt sein. Deshalb habe man sich auch nicht mit den ersten beiden Konzeptstudien zufriedengegeben, sondern gewartet, bis die beste kam. Außerdem wurden mehrere Stellen in die Planung des Spielplatzes miteinbezogen: die Kinderbeauftragten, die Werkstatt eG und das Landschafts- und Forstamt. 190 000 Euro lässt sich die Stadt die Maßnahme kosten. Auf rund 700 Quadratmetern können die Kinder voraussichtlich im Frühsommer spielen. „Und wir haben jetzt eine sehr schöne Spielwegesituation“, erklärt Schmidt. Von der Märzgasse aus geht es über die Friedrichstraße zum Anna-Blum-Spielplatz – und wer dann noch nicht genug hat, kann zum Abschluss auf dem Schulhof der Ebertschule spielen. Dort gibt es beispielsweise auch eine große Rutsche. Deshalb habe man beim Theater darauf bewusst verzichtet. Sechs- bis 12-Jährige sollen auf dem Anna-Blum-Spielplatz spielen. Und neben den Bühnen wird es dort auch Klassiker wie Schaukeln oder Wippen, aber auch ein Barfußpfad geben.



Der neue Anna-Blum-Spielplatz am Theaterplatz nimmt Gestalt an. Im Frühsommer soll er freigegeben werden. Foto: Alex

Die „Lightnings“ sind nicht müde

Konzert am Rosenmontag

ths. Ganz in seinem Element fühlt sich Claus Hochgeschwender: nämlich „überhaupt nicht müde und kein bisschen leise“. Deshalb bietet der Frontmann und Gitarrist der Oldie-Band „The Lightnings“ am Rosenmontag, 16. Februar, die 20 Uhr in der „Goldenen Rose“ wieder „Party pur und ganz ohne Humpdada“. Und das Schönste: Der Reinerlös kommt der RNZ-Weihnachtsaktion zugute. Vor rund 50 Jahren gründete der „Ur-Lightning“ als jugendlicher seine Band im Handschuhshheimer „Atzelhof“, mittlerweile besitzt sie eine „runderneuerte“ Formation, so der 65-Jährige. Das bedeutet: Die „Oldies but Goldies“ gehen mittlerweile weit über die 80er Jahre hinaus. „Wir präsentieren Songs aus vier Jahrzehnten Musikgeschichte im neuen und rockigen Gewand“, berichtet Sohn Dennis, der Bassist des vierköpfigen Ensembles. Den Takt dazu schlägt Klaus Petrick, nach dem „Chef“ der Dienstelteste. Hinzu gesellt sich noch Waldemar Martin, der seit zwei Jahren am Keyboard die Melodien verfeinert.

Auch beim Polizeichef wurde eingebrochen

Ein Jahr Polizeireform: Thomas Köber sprach über den Ohrenabdruck von Tätern und eine Willkommenskultur für Flüchtlinge

Von Holger Buchwald

Als Polizeipräsident hätte er es einfacher gehabt, wenn die Pressestelle nicht jeden Einbruch in Heidelberg gemeldet hätte. Das gibt Thomas Köber zu, als er zu Gast im Amtsstübchen des Vereins Alt-Heidelberg in der Kettengasse ist. Ganz sicher seien auch die Mannheimer Schlimmeres gewöhnt. Trotzdem nehme er die Sorgen der Bürger sehr ernst, nachdem die Einbruchszahlen in der Stadt im letzten Jahr sprunghaft gestiegen sind: „Jeder lebt in seinem Umfeld. Und Sie fühlen sich bedroht“, sagt er zu den 15 Zuhörern: „Das werfe ich niemandem vor.“ Köber kennt das aus eigener Erfahrung. Auch bei ihm in Ketsch wurde eingebrochen. Er weiß noch ganz genau das Datum: „Es war der 3. Oktober 2012. Wir waren an diesem Tag sogar zu Hause.“

Eigentlich sollte es in Köbers Vortrag um die Polizeireform und die Bilanz nach einem Jahr gehen. Doch die Zuhörer interessierten sich vor allem für die tägliche Arbeit der Beamten und einzelne Kriminalitätsfelder. Die Einbrüche waren im letzten Jahr auch für Köber ein „extremes Problem“. „Wir haben eine Sonderkommission mit 40 Polizisten aufgezogen und die Wohngebiete mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei über-

wacht.“ Solch einen Aufwand betreibe man sonst nur bei schweren Kapitalverbrechen. Köber: „Das war ein Kraftakt. Doch wir halten ihn seit August durch.“ Bis vor Kurzem hätten sich die organisierten Banden vor allem Tatorte in der Nähe von Autobahnen ausgesucht – wegen des schnellen Fluchtwegs. Doch seitdem die Polizei verstärkt Raststätten kontrolliere, konzentrierten sich die Einbrecher nun auch mehr auf die Innenstädte.

Schützen könnten sich die Bürger vor Einbrüchen, indem sie ihre Wohnung sichern. Vor allem helfe aber eine „aktive Nachbarschaft“. „Kann ich Ihnen helfen?“, dieser einfache Satz könne verdächtige Personen abschrecken. Denn so wird den möglichen Langfingern signalisiert, dass sie beobachtet werden. „Passen Sie aufeinander auf!“, empfiehlt Köber: „Unterhalten Sie sich häufiger mit Ihren Nachbarn.“ Dann wisse man auch, ob diese wirklich ausziehen wollen, wenn Möbelpacker das Haus leer räumen, oder



Polizeipräsident Köber. Foto: vaf

ob es sich doch um eine Diebesbande handelt.

„Die Reform hat etwas gebracht“, ist sich Köber sicher. Langfristig, wenn die älteren Beamten in Pension seien, könnten 800 zusätzliche Polizisten die Reviere verstärken. Schon jetzt seien der Erkennungsdienst und die Kriminaltechnik personell aufgestockt worden. Letzteres sei auch wichtig, um Einbrecherbanden das Handwerk zu legen. „Unser Ehrgeiz ist es, 90 Prozent der Tatorte durch Kriminaltechniker überprüfen zu lassen.“ Die Experten suchen dabei nicht nur nach DNA-Spuren und nehmen Fingerabdrücke. Sie suchen auch nach dem Abdruck von Ohren – weil viele Täter an der Haustür lauschen, um zu überprüfen, ob noch Bewohner zu Hause sind. „Jeder Ohrabdruck ist einmalig und kann zweifelsfrei einer Person zugeordnet werden“, plauderte Köber aus dem Nähkästchen.

Seit der Fusion mit der Polizeidirektion Heidelberg ist das Präsidium Mann-

heim für 1,7 Millionen Einwohner zuständig. „Natürlich konnte die neue Organisation nicht gleich vom ersten Tag 110 Prozent leisten“, gibt Köber zu. Deshalb ist er stolz, dass sich die Statistik in den Deliktsfeldern Straßen- und Gewaltkriminalität, die direkt das Sicherheitsgefühl der Bürger beeinträchtigen, verbessert habe. Genaue Zahlen darf er erst vorlegen, wenn sie durch das Innenministerium freigegeben wurden.

Am Ende wurde Köber politisch: Es lohne sich, in Kinder und Jugend zu investieren. Denn so könne der Trend fortgesetzt werden, dass es immer weniger Tatverdächtige unter jungen Menschen gibt. Der Ausbau der Ganztagschulen bringe viel, damit Schüler nicht auf dumme Gedanken kommen.

Was den Flüchtlingsstrom angeht, plädiert Köber für eine Willkommenskultur. „Das ist zielführender als Druck.“ Die 300 Flüchtlinge in Mannheim, die dezentral auf die Stadt verteilt sind, betreuten der Polizei kaum Arbeit – ganz anders als die 200, die unter einem Dach leben. „Wir müssen die Asylbewerber in kleinen Gemeinden unterbringen, sonst droht die Gettoisierung.“ Das sehe man an den 1700 jungen Männern in Patrick-Henry-Village: „Dort haben wir jetzt eine eigene Dienststelle aufgebaut.“

Bio-Rezepte gesucht

RNZ. Das Umweltamt möchte ein Kochbuch unter dem Motto „Bio, regional, saisonal und fair“ herausgeben. Neben Beiträgen von Spitzenköchen sind auch Rezepte von Hobbyköchen eingeplant. Bis 28. Februar können Interessierte ihr Rezept per Mail an sabine.lachenicht@heidelberg.de oder beim Agenda-Büro der Stadt, Kornmarkt 1, einreichen. Regionaler Bezug ist erwünscht. Das Rezept sollte maximal eine DIN A4-Seite einnehmen und folgende Angaben enthalten: Zutaten, Anzahl der bekochten Personen, saisonale Zuordnung, Kategorie (Vorspeise, Hauptgericht, Dessert), Kontaktdaten für Rückfragen. Rückfragen beantwortet Sabine Lachenicht unter 06221 / 5818140.

AUS DEM POLIZEIBERICHT

Autofahrer leicht verletzt

Drei beschädigte Autos und ein leicht verletzter Fahrer sind die Bilanz eines Verkehrsunfalls vom Mittwoch in der Karlsruher Straße. Eine 35-jährige Mercedes-Fahrerin war kurz vor 20 Uhr auf einen Golf aufgefahren, als dieser an einer roten Ampel hielt. Durch die Wucht des Aufpralls wurde der 34-Jährige samt Golf auf einen Daihatsu geschoben. Der Golfahrer wurde in eine Klinik gebracht, der Mercedes abgeschleppt. Die Unfallverursacherin muss mit einer Anzeige wegen fahrlässiger Körperverletzung rechnen.

Schaufenster in der Plöck zerstört

In der Zeit zwischen Mittwoch, 18 Uhr, und Donnerstag, 7.35 Uhr, warf ein Unbekannter mit einem Kanaldeckel die Schaufensterscheibe eines Modegeschäfts in der Plöck ein. Ob dabei etwas entwendet wurde, ist unbekannt. Der Sachschaden liegt bei mehreren hundert Euro. Zeugen sollten sich mit dem Polizeirevier Mitte unter Telefon 06221 / 991700 in Verbindung setzen.

Oft hilft ein klärendes Gespräch

Menschen mit Behinderung sind oft Opfer von Betrug oder Überschuldung – Was können Angehörige tun?

Von Marion Gottlob

Gehe ich heute zum Friseur? Lade ich Freunde zur Pizza ein? Leiste ich mir ein Eis? Das sind Entscheidungen, die zum Leben eines jeden Erwachsenen gehören – selten der Rede wert. Wie läuft das aber bei Menschen mit einer geistigen Einschränkung oder Behinderung? Wie ist es möglich, ihren Willen zu respektieren und sie gleichzeitig vor Überschuldung, Übervorteilung und Betrug zu schützen? Der RNZ wurden mehrere solche Fälle bekannt. Deshalb haben wir bei der Stadt und bei Bernhard Ortseifen, Geschäftsführer beim Betreuungsverein SKM Heidelberg, nachgefragt. Das Ergebnis: Meist ist die Situation komplizierter, als man denkt.

Ein Beispiel: Ein geistig behinderter Mensch ist Tag und Nacht auf Hilfe angewiesen, lebt in einem Heim. Die Angehörigen sind mit der Lösung zufrieden. Dann gibt es Probleme: Der Betroffene wird regelmäßig zur Fußpflege angemeldet und der Dienst abgerechnet. Die Verwandtschaft stellt jedoch fest, dass an den Füßen nichts gemacht wird. Nach Rückfragen gibt es kein Gespräch, keine Entschuldigung und keine Rückerstattung. Nur die Termine zur Fußpflege fallen aus. Stattdessen wird der Betroffene nun doppelt so oft beim Friseur angemeldet. Bei einem monatlichen Taschengeld von etwas mehr als 100 Euro fällt das ins Gewicht.

Fast zum „Krach“ kommt es in einem anderen Fall, als am Geburtstag eines Betroffenen in seinem Namen Pizza für alle bestellt wird. Erst als der Pizzabote die Rechnung vorweist, wird den Angehörigen klar, wer zahlen soll und muss. Rück-

zuck sind auch hier mehr als 60 Euro weg.

Ortseifen lächelt verständnisvoll: „Auch geistig behinderte Menschen wollen so leben, wie andere auch – das bedeutet: Auch sie möchten andere zum Geburtstag einladen.“ Und dazu gehöre das wunderbare Gefühl, dass ein Pizzabote Pizzen vorbeibringt und dann alle reinhauen. Meist beteiligt sich jeder an dem Brauch, so dass im Grunde jeder einmal im Jahr bezahlt. Der moderne Brauch mag die sparsame Elterngeneration ärgern,



Wie steht man jemandem bei, der geistig behindert ist? Bernhard Ortseifen vom SKM rät zum Gespräch. Foto: Hentschel

aber vielleicht sollten diese den Betroffenen das Gruppenerlebnis einfach gönnen. Ein selbst gemachter Kartoffelsalat kann eben nicht immer mithalten.

Dagegen liegt der Fall mit der angeblichen Fußpflege anders. Der Experte rät hier zum klärenden Gespräch mit den Mitarbeitern des Heims: „Lasst uns miteinander reden“, bringt er seinen Ansatz auf den Punkt. Oft stelle sich heraus, dass es sich um Missverständnisse handelt. Wenn tatsächlich eine Rechnung ausge-

stellt wurde, die nicht gerechtfertigt war, müsse es eine Gutschrift geben. Wer Angst hat, dass aus so einem Gespräch dem behinderten Angehörigen ein Schaden entstehen könnte, könne sich auch an einen Betreuungsverein wie den SKM oder die Rechtspflege des Betreuungsgerichts mit der Bitte um Vermittlung wenden.

Ebenfalls zum Dialog rät der Fachmann bei einem zweiten Fall: Ein Mann leidet nach einem Unfall an einer schweren geistigen Einschränkung und muss in ein Heim umziehen. Er hätte sofort Anspruch auf staatliche Unterstützung für die Miete und andere Aufwendungen gehabt. Es kümmert sich jedoch niemand darum – so häufen sich in mehr als einem Jahr hohe Schulden an, die mit den richtigen Anträgen nie entstanden wären. Ortseifen meint dazu: „Das Heim sollte mit dem Betroffenen sprechen, sobald die erste Miete nicht bezahlt wird.“ Man müsse dann fragen: „Brauchen Sie Hilfe?“ Oder man stellt vorausschauend schon vor dem Einzug in das Heim die Frage nach der Kostenträgerschaft.

Allerdings ist es rechtlich so: Der Betroffene ist zunächst selbstständig für seine Angelegenheiten zuständig, das Heim kann ihn nicht „zwingen“, entsprechende Anträge zu stellen. Doch das sachliche Angebot von Hilfe kann manchmal Wunder bewirken. In diesem Fall war es so, dass dem Betroffenen schließlich ein Betreuer (siehe Hintergrund rechts) zur Hilfe kam, der die Finanzen in Ordnung brachte – und damit für große Erleichterung sorgte.

HINTERGRUND

> Der Begriff „geistige Behinderung“

hat nicht automatisch staatliche Maßnahmen zur Folge, da die Schwere der Behinderung sehr stark variieren kann. Es gibt durchaus Menschen mit geistiger Behinderung oder Beeinträchtigung, die ihre Angelegenheiten zum größten Teil selbst regeln. Wenn sie das jedoch nicht können, gibt es laut Auskunft der Stadt Heidelberg zwei Möglichkeiten, sobald der Betroffene die Volljährigkeit erreicht: Wenn die Person dazu in der Lage ist, kann sie eine gültige Vollmacht ausstellen. Dann wäre für alle Angelegenheiten die bevollmächtigte Person, meist sind dies enge Angehörige, zuständig. Andernfalls wird eine rechtliche Betreuung erforderlich.

„Die Anregung auf eine Betreuung beim Betreuungsgericht kann jeder stellen“, so die Stadt. Meist sind das die Angehörigen oder auch Mitarbeiter einer Einrichtung, in der die betroffene Person lebt. Der bestellte rechtliche Betreuer ist dann für die Regelung der Angelegenheiten, für die er bestellt ist, zuständig, zum Beispiel Aufenthalt, Gesundheit, Vermögen oder auch Wohnungsangelegenheiten. „Der Betreuer ist verpflichtet, die Angelegenheiten der betreuten Person zu deren Wohle zu regeln und diese in die Entscheidungen einzubeziehen, soweit es möglich ist. Eine regelmäßige Kontrolle seiner Tätigkeit erfolgt durch das Betreuungsgericht“, heißt es vonseiten der Stadt weiter. Hilfen für Angehörige und Betreuer bietet auch der Betreuungsverein SKM Heidelberg mit Angeboten wie Austausch, Vermittlung, individueller Unterstützung und Information.

Info: Mehr Informationen gibt es beim Betreuungsverein SKM Heidelberg unter Telefon 06221 / 436223 oder im Rhein-Neckar-Kreis unter 06221 / 602685.